

An den
Deutschen Bundestag
Petitionsausschuss
Platz der Republik 1

11011 Berlin

- Für Ihre Unterlagen -

Petition an den Deutschen Bundestag
(mit der Bitte um Veröffentlichung)

Persönliche Daten des Hauptpetenten

Anrede	Herr
Name	Jahn bei van den Dolder
Vorname	Roman
Titel	

Anschrift

Wohnort	Neukirchen-Vluyn
Postleitzahl	47506
Straße und Hausnr.	Göntgenstraße 7
Land/Bundesland	Deutschland
Telefonnummer	01744327190
E-Mail-Adresse	roman_jahn@icloud.com

Wortlaut der Petition

Ich fordere eine lückenlose Aufklärung systematischer Rechtsverstöße, Mobbing und Amtsmissbrauch in der Bundeswehr. Der Deutsche Bundestag möge sicherstellen, dass Verantwortliche zur Rechenschaft gezogen und strukturelle Reformen eingeleitet werden, um die Grundrechte von Soldat*innen nachhaltig zu schützen

Begründung

Ich, Roman Jahn (Obermaat d.R.), wurde nachweislich Opfer von rechtswidrigen Durchsuchungen, Verfahrensmanipulation und Mobbing durch Vorgesetzte und die Wehrdisziplinaranwaltschaft. Verschiedene Instanzen haben trotz deutlicher Hinweise nicht eingegriffen. Ich sehe darin ein Versagen der Kontrollmechanismen innerhalb der Bundeswehr sowie der militärischen Gerichtsbarkeit.

Rechtsverstöße und Machtmissbrauch: Mir wurden rechtswidrig Daten entzogen und ohne Rechtsgrundlage umfassend ausgewertet. Dies verletzt massiv mein Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Mobbing und Schikane: Falsche Anschuldigungen, gezielte Verleumdungen und unverhältnismäßige Disziplinarmaßnahmen führten zu einer existenziellen und gesundheitlichen Belastung. Versagen der Aufsicht und Kontrollinstanzen: Beschwerden und Nachweise wurden verschleppt oder ignoriert, obwohl deutliche Anhaltspunkte für Amtsmissbrauch und Grundrechtsverletzungen vorlagen. Öffentliches Interesse: Ein solcher Vorgang erschüttert das Vertrauen in die Bundeswehr, die Justiz und alle, die für Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit stehen sollten. Es muss daher höchste Priorität haben, ähnliche Fälle künftig auszuschließen.

Meine konkreten Forderungen:

Unabhängige Untersuchung des Falls durch externe Stelle (z.B. eine Untersuchungskommission), um alle Verantwortlichen zu benennen.

Sanktionen gegen sämtliche Beteiligte, die Dienstpflichten oder Gesetze verletzt haben.

Strukturelle Reformen in der Bundeswehrjustiz, damit Datenschutz, Grundrechte und Beschwerdemechanismen tatsächlich garantiert werden.

Wiedergutmachung und Entschädigung für erlittene Schäden durch Mobbing, psychische Belastung und unrechtmäßige Maßnahmen.

Sensibilisierung und Schulung von Vorgesetzten, damit Missstände früh erkannt und behoben werden.

Ein Fehlverhalten dieser Tragweite darf nicht vertuscht werden. Die Bundesrepublik muss sicherstellen, dass Soldatinnen denselben Rechtsschutz genießen wie alle Bürgerinnen und dass Machtmissbrauch geahndet wird. Nur durch umfassende Aufklärung und Reformen können das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit und die Integrität der Bundeswehr wiederhergestellt werden.

Anregungen für die Forendiskussion

Wer hat ähnliche Erfahrungen mit Mobbing oder Grundrechtsverletzungen in staatlichen Einrichtungen gemacht?

Welche strukturellen Probleme seht ihr in der militärischen Gerichtsbarkeit?

Wie kann man sicherstellen, dass Soldat*innen Beschwerden einreichen können, ohne Repressalien fürchten zu müssen?

Welche Rolle spielen unabhängige Stellen (z.B. eine Ombudsperson) für effektiven Rechtsschutz?

Ich freue mich über sachliche Beiträge und Erfahrungsberichte von Betroffenen und Expert*innen. Bitte diskutiert konstruktiv – es geht um die Stärkung des Rechtsstaats und den Schutz der Menschenwürde in den Streitkräften.

Soweit Sie es für wichtig halten, senden Sie bitte ergänzende Unterlagen in Kopie (z.B. Entscheidungen der betroffenen Behörde, Klageschriften, Urteile) **nach Erhalt des Aktenzeichens** auf dem Postweg an folgende Kontaktadresse:

Deutscher Bundestag
Sekretariat des Petitionsausschusses
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030)227 35257
